

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) nimmt die nachfolgenden Ausführungen zur Lage der Unterbringung Geflüchteter zur Kenntnis.

TOP 7.1 Die Stadt Rotenburg (Wümme) wird Sicherer Hafen; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 06.04.2021

VorlNr.
1041/2016-2021/1

RH Klingbeils Rede ist als Anlage 1 der Niederschrift angefügt.

RF Helwig glaubt, dass es gut ist, dass der Antrag gestellt wurde, der an die furchtbare Situation der Flüchtlinge und der Seenotrettung erinnert. Sie ist der Meinung, dass man sich an richtiger Stelle intensiv damit befassen müsse. Jedoch sollte die Stadtverwaltung nicht durch Übernahme von Aufgaben, für die sie nicht zuständig ist, gerade in dieser herausfordernden Zeit nicht geschwächt werden. Daher werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen. Verwaltung und Politik haben in den letzten Jahren verantwortungsbewusst gearbeitet, was sich im Bereich der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge zeige. Sie drückt ihren Dank an die erfahreneren Ratskollegen*innen aus. Ebenfalls dankt sie dem Bürgermeister für die Weiterleitung des Antrages an den Niedersächsischen Städtetag.

RH Purrucker teilt mit, dass seine Fraktion sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließt.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Ratsantrag bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abzulehnen**.

TOP 8 Ratsantrag für den Beitritt der Stadt Rotenburg zum ICAN-Städtebündnis; B90G/Die Linke vom 08.12.2022

VorlNr.
0224/2021-2026

RH von Hoyningen-Huene bezieht sich auf die Begründung des Antrages und über die Belastung der Gefahr eines Atomkrieges, die durch den Ukrainekrieg gestiegen ist. Er erläutert, dass bereits im Jahr 2006 zwei australische Ärzte die internationale Kampagne von Atomwaffen, ICAN, gegründet haben. Ihren Bemühungen sei es zu verdanken, dass 2017 122 Staaten bei der UNO für den Atomwaffenverbotsvertrag stimmten. Mit der Ratifizierung durch 50 Staaten trat er 2021 in Kraft.

Er führt aus, dass 4 Bundesländer, darunter Bremen und Hamburg, sowie 5 Landkreise beschlossen haben, diesen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen, bzw. die Bundesregierung aufzufordern, beizutreten. Des Weiteren haben sich bereits 137 Städte und Gemeinden, darunter Walsrode und Jesteburg, dem ICAN-Städteapell angeschlossen, der folgendermaßen lautet:

„Unsere Stadt ist zutiefst besorgt, über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städten und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale und weitreichende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und fordern die Bundesregierung zu dessen Beitritt auf.“

RH v. Hoyningen-Huene führt aus, dass atomare Abschreckung bisher keinen Krieg verhindert habe. Er ist der Ansicht, dass es notwendig sei, vertrauensbildende Maßnahmen auf allen Ebenen anzustoßen, um der gegenwärtigen Eskalation zu begegnen und der bedrohlichen Kriegslogik etwas entgegenzusetzen. Daher beantragt seine Fraktion, dass sich der Stadtrat Rotenburg dem ICAN-Städteapell anschließt. Er bittet um Zustimmung.

RH Dr. Rinck bedankt sich an dieser Stelle, dass es vorgestellt worden ist. Er teilt mit, dass es in seiner Fraktion sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen und beraten worden sei, wobei man sich etwas schwer dabei tue, dass dieses Thema im Stadtrat eine Rolle spielt, da man eher der Meinung sei, hier hauptsächlich zur Lösung kommunaler Probleme, von denen es genug gebe, berufen zu sein.

Er nimmt Stellung zum ICAN, dass es konsequenterweise nicht bei einem Beitritt bleiben dürfe. Es müsse ratifiziert werden, d.h. veranlasst werden, dass auf deutschem Boden keine Atomwaffen mehr stationiert sind. Dies sei einseitig, ohne dass zur Bedingung gemacht werde, dass andere Staaten dies auch tun. Er meint, eine atomwaffenfreie Welt sei ein Traum. Doch seiner Ansicht nach, bedeutet Atomwaffen frei nicht automatisch kriegsfrei. Die Welt wäre dann nicht frei von konventionellen Waffen, so dass dann wieder konventionelle Kriege führbar würden, die unter dem Relikt der atomaren Abschreckung nicht möglich seien. Er stellt die Frage auf, was passieren könne, wenn Deutschland und ganz Europa diesem Bündnis beitreten, auf jegliche Atomwaffen zu verzichten und die USA Deutschland nicht mehr beschütze. Er verweist auf die ICAN-Website, auf der ersichtlich ist, wo es ICAN-Initiativen gebe. In Iran und Nordkorea sei es nicht gelungen, Initiativen zu starten. Für Russland lässt sich die Initiative nicht erkennen. Er ist der Ansicht, dass man nicht damit rechnen könne, dass solche Initiatoren freiwillig auf Atomwaffen verzichten. Wenn Europa freiwillig auf Atomwaffen verzichtet, sieht er die Gefahr, dass der Weg in den Vasallenstaat Russlands vorgezeichnet sei; ein Weg in die Sklaverei. Er ist sich nicht sicher, ob das eine verantwortungsbewusste und weitsichtige Herangehensweise darstellt. Ihm scheint der einseitige Schritt nicht vollständig durchdacht zu sein.

Er führt weiter aus, dass die letzte Unterzeichnung einer Stadt im Oktober 2021 gewesen sei. Im Jahr 2022 sei keine weitere hinzugekommen, wohl unter dem Eindruck der Ukrainekrise, die vielen Menschen vor Augen geführt habe, wie real die Gefahr der Bedrohung durch Russland sei. Laut Website auch in 2023 kein weiterer Beitritt.

Im Folgenden geht RH Dr. Rinck darauf ein, dass die Position der Bundesregierung eine andere sei. Die grüne Außenministerin Annalena Baerbock habe gerade betont, wie wichtig es sei, mit Atomwaffen ausgestattet zu sein.

Er schlägt vor, statt einer Antragstellung im Stadtrat zunächst parteiintern zu versuchen, Frau Baerbock von einer anderen Position zu überzeugen.

RH Klingbeil merkt an, dass Iran und Nordkorea keine Atomwaffen haben.

RF Dembowski dankt für die umfangreiche Ausführung durch Dr. Rinck. Sie legt dar, dass ihre Fraktion die Möglichkeit hat, eine andere Meinung als Frau Baerbock zu haben. Man müsse sich deshalb nicht zeitgleich damit auseinandersetzen.

Sie weist darauf hin, dass die Ukraine 1994 mit dem Budapester Memorandum alle Atomwaffen aus dem Land herausgeschafft habe und drückt ihre Erleichterung aus, dass die Ukraine derzeit nicht über Atomwaffen verfüge. Sie macht klar, dass alle Menschen, auch in Rotenburg, Angst vor einer nuklearen Eskalation haben. Solch eine Eskalation werde nicht zur Sklaverei, sondern zur großen Vernichtung führen. Dieses Szenario wolle sie nicht weiter ausführen.

Sie weist auf die Möglichkeit hin, sich so zu verhalten und darauf zu drängen, dass Deutschland diesem Atomwaffenverbotsvertrag beitrete. Sie steht dafür ein, dass man Frieden wolle, möglichst ohne, dass mit Atomwaffen gedroht werden müsse.

Bgm Oestmann wolle keine Generaldiskussion entfachen und betone das übergeordnete Ziel, bei dem sich alle einig sind. Auch zum Weg zu diesem übergeordneten Ziel gibt es unterschiedliche Auffassungen. Für ihn sei eine einseitige Abrüstung illusorisch, was sich erst recht durch den Krieg jetzt zeigt. Doch geht es hier um ein großes, übergeordnetes Ziel, bei dem sich alle einig sind, dass man dies erreichen wolle. Aus diesem Grund bittet er um Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt bei 17 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich**, dem ICAN-Städtebündnis **beizutreten**.

**TOP 9 Beschluss über eine überplanmäßige sowie eine
außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2022**

VorlNr.
0243/2021-2026

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt rückwirkend für das Haushaltsjahr 2022

1. eine überplanmäßige Auszahlung für den Neubau des Kindergartens Unterstedt (05-365-07-001) in Höhe von 250.000,00 €
2. eine außerplanmäßige Auszahlung für die Außenanlagen Kindergarten Unterstedt in Höhe von 250.000,00 €.

Die überplanmäßige Auszahlung für den Neubau des Kindergartens wird gedeckt durch nicht ausgeführte Investivmaßnahmen aus dem Jahr 2022 in dem Bereich

- Neubau Feuerwehr Borchel (04-126-012) mit 150.000,00 Euro (Ansatz 2022: 200.000,00 Euro) sowie dem
- Neubau Coworking Space (05-3156-001) mit 100.000,00 Euro (Ansatz 2022).

Die außerplanmäßigen Auszahlungen für die Außenanlagen des Neubaus Kindergarten Unterstedt werden gedeckt durch eine VE 2022 auf die Investivmaßnahme Neubau Feuerwehr Borchel (500.000,00 Euro). Für diese Maßnahme sollten die Aufträge in 2022 erteilt werden (wie beim Kindergarten in Unterstedt für den Auftrag Fima Ehlbeck), jedoch die Ausführung erst in 2023 erfolgen.

- Neubau Feuerwehr VE 250.000,00 Euro (04-126-012).

TOP 10 Annahme und Weiterleitung von Spenden über 2.000 Euro

VorlNr.
0222/2021-2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt **einstimmig** folgende Spenden über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

Name des Zuwenders/ der Zuwenderin	Geld-/ Sachleistung	Betrag in Euro	Hinweis zur Verwendung	Eingang
Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH Stiftung zur Förderung des Sports und der Jugendarbeit	Geldleistung	5.500,00	Förderung des Sports	08.12.22
Emmi Wiersbitzki Stiftung	Geldleistung	5.000,00	Förderung des Wohlfahrtswesens	14.12.22